

Inhalt

Zwischenbilanzen im Landtag 1/2

Recht auf saubere Luft 1

Editorial 2

Das GRÜNE Lehrerbildungsgesetz 3

Große Anfrage zu Lebenslagen von „alleinerziehenden“ Eltern und ihren Kindern in Sachsen 4/5

Insektensterben 6

Ausreisegewahrsam in Sachsen

GRÜNE setzen Tierwohl auf die Tagesordnung der Landespolitik 7

Neue EU-Schadstoffgrenzwerte

Sorbische und deutsche Bezeichnungen auf Ortsschildern

Kohleausstieg in Sachsen 8

Termine

Impressum

Zwischenbilanzen im Landtag:

Impulse für ein besseres Sachsen



Es ist Halbzeit in der sechsten Wahlperiode des Sächsischen Landtags. Zeit, eine Bilanz zu ziehen.

Zunächst ein Blick auf die Arbeit der Regierung: Wie geht die sächsische Koalition entscheidende Zukunftsfragen an? Was wurde aus den gemeinsamen Ankündigungen im Koalitionsvertrag? Gelingt es der SPD, der CDU Bewegung abzutrotzen?

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat die bisherige Leistungsbilanz der Koalition mit dem Koalitionsvertrag von 2014 und den aktuellen politischen Herausforderungen abgeglichen. Das Ergebnis ist eher ernüchternd.

Zentrale Herausforderungen werden nach wie vor nicht angegangen. Der unausweichliche Braunkohle-Ausstieg wird nicht

aktiv im Sinne der Planungssicherheit für alle Beteiligten gesteuert. Vielmehr wird die Regierung Tillich/Dulig von den Entscheidungen des neuen Eigentümers LEAG getrieben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten. Die ideologische Blockade beim Windkraftausbau wurde nicht aufgelöst. Hier setzt die neue Regierung konsequent die Klimaschutz-Verweigerungs-Politik der CDU/FDP-Vorgängerregierung fort.

Auf vollmundige Ankündigungen folgt oft nur halbherzige Umsetzung: Die Stellen für Lehrkräfte oder für die Polizei kommen

Recht auf saubere Luft

Das „Recht auf saubere Luft“ war am 15. Mai Thema einer Podiumsdiskussion in Leipzig – ein Dauerbrenner in der Messestadt. An den Messstationen Lützener Straße und Leipzig-Mitte werden die erlaubten



Grenzwerte regelmäßig überschritten. Um Kommunen zum Handeln zu zwingen, bleibt Betroffenen oft nur der Klageweg.

Über aktuelle Prozessserfolge informierte Peter Feldkamp, Vertreter der Deutschen Umwelthilfe e.V. Franziska Heß, Vertreterin des BUND Sachsen, teilte seine Einschätzung, dass in Kürze mit der Bestätigung eines Urteils durch das Bundesverwaltungsgericht zu rechnen sei. Damit könnten Kommunen bei Nichteinhal-

tung der Grenzwerte für Stickoxid-Emissionen sofort Diesel-Fahrverbote verhängen.

Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, setzt weniger auf Verbote als viel mehr auf die Beschleunigung der Verkehrswende. Mutmachendes Beispiel sei der erfolgreiche Volksentscheid Fahrrad in Berlin: 100 neue Kilometer Radwege, grüne Wellen fürs Rad, Radschnellweg, perspektivisch 100.000 neue Abstellplätze und deutlich mehr Radverkehrsplanerinnen und -planer in der Verwaltung.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zeit vergeht wie im Flug. Im Mai hatte die Regierungskoalition aus CDU und SPD sich in ihrer Halbzeitbilanz der sechsten Wahlperiode über den sprichwörtlichen grünen Klee gelobt und lauthals von der Fortsetzung der Zusammenarbeit nach 2019 geträumt. Ende Juni verabschieden sich die Regierungsfractionen im Streit über Personalausstattung und Bildungspolitik in die parlamentarische Sommerpause. Die GRÜNE-Fraktion hatte schon Ende April eine kritische Bilanz der Arbeit des CDU/SPD-Bündnisses gezogen: Der Vergleich aus Ankündigungen im Koalitionsvertrag und der sächsischen Realität hat gezeigt, dass durch halbherzige Umsetzungen und bisher nicht angepackten Vorhaben viele Lücken entstanden sind, die bis 2019 wohl nicht mehr zu füllen sind.

In der Zwischenbilanz der Arbeit der GRÜNEN-Fraktion (die Broschüre liegt der Aussendung bei) ist unter anderem zu lesen, an welchen Stellen es gelang, GRÜNE Akzente aus der Opposition heraus zu setzen.

Weiterer Lesestoff dieser Ausgabe: Mit einer Großen Anfrage haben wir die Lebenslagen „alleinerziehender“ Eltern zum Thema gemacht. Zwar ist die Datenlage lange nicht erschöpfend, doch die Antwort der Staatsregierung zeigt trotzdem deutlich, dass Alleinerziehende mehr Unterstützung benötigen.

Ein Dauerbrenner aus GRÜNER Sicht ist zudem die Bildung in Sachsen. Mit einem Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz will die Fraktion die Studienbedingungen verbessern. Ziele sind mehr Planungssicherheit, bessere Qualität der Lehre und ein stärkerer Praxisbezug, um die angehenden Lehrkräfte auf ihre wichtigen Aufgaben vorzubereiten.



Auch der Blick auf Bereiche wie Braunkohle, Rechtsstaatlichkeit oder Naturschutz macht deutlich, dass einiges im Argen liegt.

Eric Heffenträger

Referent für politische Kommunikation und Pressearbeit
eric.heffentraeger@slt.sachsen.de

um Jahre zu spät und sind deutlich zu wenig, um die entstandenen Löcher zu stopfen. Über das neue Schulgesetz hat die Koalition lange gestritten – das Ergebnis ist trotzdem nicht zukunftsweisend. Die SPD konnte sich beim Thema längeres gemeinsames Lernen ungeachtet der Unterstützung aus der Bevölkerung, von Fachleuten und Verbänden nicht gegen die CDU durchsetzen. Beim Thema Inklusion werden berechnete Erwartungen betroffener Eltern enttäuscht.

Angekündigte Vorhaben im Koalitionsvertrag wurden stillschweigend beerdigt – etwa die Schaffung von Überflutungsflächen für den Hochwasserschutz. Der von der schwarz-gelben Koalition beschnittene Baumschutz sollte nach dem Willen der SPD wieder eingeführt werden – passiert ist nichts. In einigen Bereichen der Sicherheitspolitik geht die Koalition aus CDU und SPD aus GRÜNER Sicht klar in eine falsche Richtung, denn mehr Überwachung bedeutet eben nicht automatisch mehr Sicherheit.

In ihrer „Halbzeitbilanz“ behauptet die Koalition, sie habe zwei Drittel ihrer Vorhaben schon abgearbeitet. Die Analyse der Regierungsarbeit zeigt aber etliche Fehlstellen gegenüber den Ankündigungen im Koalitionsvertrag. Es darf bezweifelt werden, ob diese in der verbleibenden Zeit noch gefüllt werden können.

Und wie steht es um die Arbeit der GRÜNEN-Fraktion? Die acht Abgeordneten

sind alle neu im Landtag und trotzdem von Anfang an voll in die fachliche und politische Arbeit des Landtags eingestiegen. Anspruch ist es, nicht nur Missstände anzuprangern und Koalition und Regierung zu kritisieren. Es sollen realistische, funktionierende Konzepte vorgelegt und Impulse gegeben werden.

Die von der GRÜNEN-Fraktion in der ersten Hälfte der Wahlperiode erarbeiteten parlamentarischen Initiativen zeigen konkrete Lösungen auf: Für Klimaschutz und Strukturwandel in den Braunkohleregionen wurden von der GRÜNEN-Landtagsfraktion umsetzbare Konzepte erarbeitet. Es werden Wege gezeigt, um die Konflikte zwischen Energiewende und Naturschutz zu lösen.

Die GRÜNE-Fraktion verfolgt den Plan, den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt aufzuhalten. Vorschläge, wie bezahlbare Mobilität für alle Menschen – auch unabhängig vom Auto – funktionieren kann, liegen auf dem Tisch. Es wird zudem von der GRÜNEN-Fraktion aufgezeigt, wie schädliche Chemikalien in Umwelt und Produkten verringert werden können. Gemeinsam mit Landwirtinnen und Landwirten wurden Konzepte für den notwendigen ökologischen Wandel in der Landwirtschaft erarbeitet.

Im Zentrum GRÜNER bildungspolitischer Initiativen steht der Anspruch, allen Menschen gute Bildungschancen zu eröffnen – unabhängig von Alter, Herkunft, Einkom-

men oder Behinderung. Mit der GRÜNEN Personaloffensive für die Landesverwaltung wurde dargelegt, wie wieder ein funktionierender Rechts- und Sozialstaat in Sachsen aufgebaut werden kann. Außerdem wurden Initiativen vorgelegt, wie alle Familien – unabhängig von der Familienform – besser unterstützt werden können.

Gemeinsam mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickelte die GRÜNE-Landtagsfraktion Konzepte für gelingende Integration, um Geflüchteten Perspektiven in Sachsen zu eröffnen. In den aktuellen innen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen erheben die GRÜNEN klar die Stimme für die Verteidigung der Grund- und Bürgerrechte und die Stärkung der Demokratie.

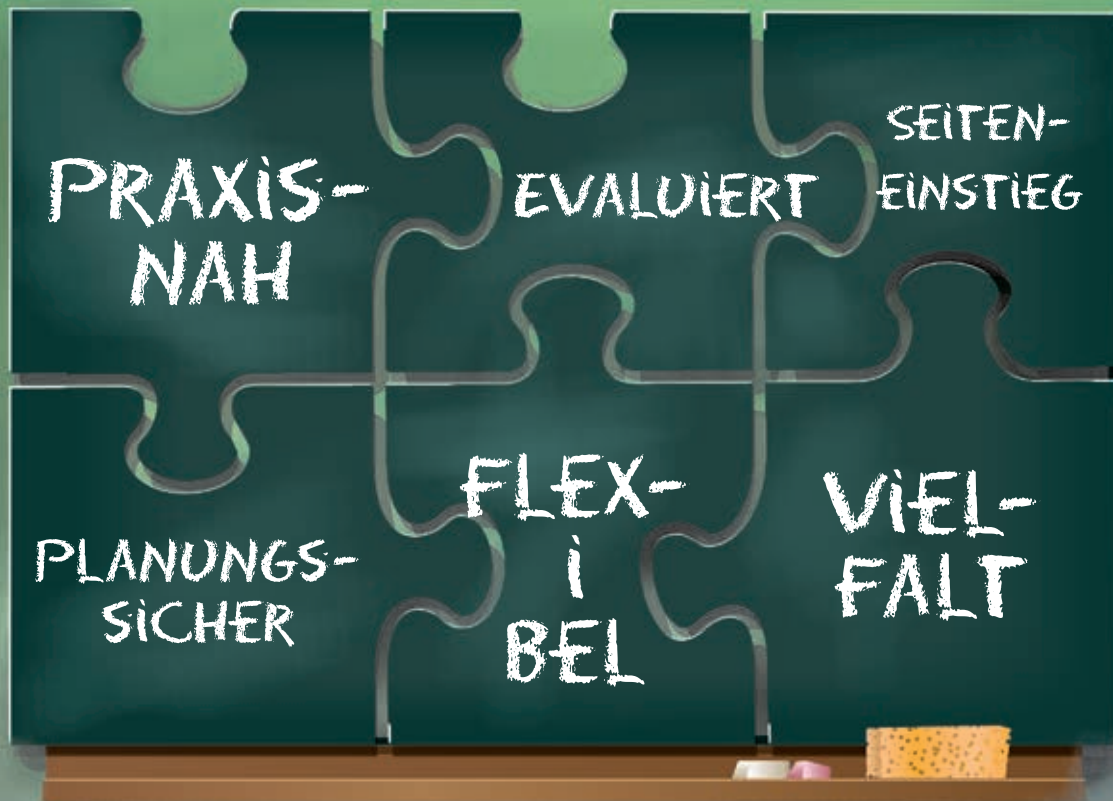
Eine Bilanz der Arbeit der GRÜNEN-Fraktion wurde in einer Broschüre zusammengestellt. Sie enthält die wichtigsten parlamentarischen Initiativen und einen Ausblick über die Vorhaben bis zur nächsten Wahl im Sommer 2019.

Weitere Informationen

„Mit Leidenschaft, Verstand und Herzblut: Grüne Opposition im Sächsischen Landtag – unsere Zwischenbilanz“ als PDF:

<http://bit.ly/gruen-Zwischenbilanz2017>

Lehramtsausbildung aus einem Guss – Das GRÜNE Lehrerbildungsgesetz



In Sachsen existiert kein Gesetz für die Lehrerbildung. Zwei Ministerien entscheiden allein, wie das Studium auszusehen hat. Das hat nicht nur Folgen für die Planungssicherheit von Studierenden und Hochschulen, das hat auch Folgen für die Studienqualität. Befragungen von Lehramtsabsolventinnen und -absolventen haben gezeigt, dass bei ihnen die Unzufriedenheit mit dem Studium am größten ist und sie sich zu wenig auf den Beruf als Lehrkraft vorbereitet fühlen. Höchste Zeit, das zu ändern.

Der vorgelegte GRÜNE Gesetzentwurf modernisiert die Lehramtsausbildung grundlegend. Alle Lehrämter sollen endlich die gleichen Ausbildungslängen erhalten. Statt nach Schularten auszubilden, soll bei den allgemeinbildenden Schulen in Zukunft das Studium an Schulstufen orientiert werden. Damit erhalten Lehrerinnen und Lehrer mehr Flexibilität bei der Entscheidung, ob sie an Grundschulen oder weiterführenden Schulen unterrichten möchten.

Die Schülerinnen und Schüler in Sachsen sind Abbild einer vielfältigen Gesellschaft. In

dieser Verschiedenheit liegen Potentiale, die die GRÜNE-Fraktion fördern will. Dafür muss auf die individuellen Stärken und Schwächen aller Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Um die angehenden Lehrkräfte darauf vorzubereiten, soll der Umgang mit Vielfalt Teil der Ausbildung für alle Lehrämter werden. Das klassische Lehramt Sonderpädagogik soll zu einem Lehramt für Inklusive Pädagogik ausgebaut werden.

Angehende Lehrkräfte müssen frühzeitig mit dem Berufsfeld Schule in Berührung kommen, um den berüchtigten Praxisschock zu vermeiden. Deshalb will die GRÜNE-Landtagsfraktion gleich im Bachelorstudium zwei Praktika verankern. Im Masterstudium soll ein ganzes Semester praktischen Erfahrungen gewidmet werden.

Der Erfolg des Studiums hängt selbstverständlich unmittelbar mit der Studienqualität zusammen. Beim Lehramt ist ein ganz besonderer Abstimmungs- und Koordinationsaufwand gegeben. Genau für diese Aufgabe wollen die GRÜNEN die Kompetenzen der Zentren für Lehrerbildung

so aufwerten, dass sie die entscheidende Instanz in der Lehramtsausbildung werden. Die Lehramtsausbildung soll außerdem regelmäßig von externen Sachverständigen evaluiert werden.

Damit auch der Seiteneinstieg in den Beruf als Lehrkraft gelingt, hat die GRÜNE-Fraktion zwei Masteraufbauprogramme im Gesetz vorgesehen. Sie garantieren, dass auch Seitensteigerinnen und Seiteneinsteiger eine Ausbildung erhalten, die inhaltlich fundiert und praxisbezogen ist.

Der Gesetzentwurf regelt alle Bereiche der Lehramtsausbildung und bietet somit ein Konzept, wie diese aus einem Guss aussehen kann.

Weitere Informationen

Alle Informationen zum GRÜNEN Lehrerbildungsgesetz:

➔ <http://bit.ly/gruen-Lehrerbildung>

Alleinerziehende stärken!

Die GRÜNE-Fraktion hat mit einer Großen Anfrage im Sächsischen Landtag die Lebenslagen alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder auf die Tagesordnung gebracht. Die rund 150 Fragen wurden auf über 100 Seiten beantwortet und geben einen umfassenden Einblick. Die Statistik macht das Merkmal „Alleinerziehend“ an dem Haushalt fest, wo das Kind lebt. Die Datengrundlage bildet ganz überwiegend der Mikrozensus. Diese Definition bildet aber nur ein Teil der Realität ab. Denn es ist bekannt, dass die Formen und Partnerschaften, in denen Eltern Kinder erziehen, bei den Alleinerziehenden so vielfältig und unterschiedlich sind, wie bei anderen Familien auch.

Die Familienpolitik orientiert sich noch all zu oft am Leitbild einer Familie mit zwei Elternteilen. Alleine erziehen ist jedoch inzwischen normale Lebensrealität in Sachsen, aber oft auch ein Balanceakt. Die Lebensphase, in der Mütter oder auch Väter allein erziehen, braucht deutlich mehr familienpolitische Aufmerksamkeit. Und dabei ist der Fokus eben nicht auf die Frage zu richten „Warum ist jemand alleinerziehend?“, sondern „Wie ist das eigentlich zu schaffen? Wie sind die Herausforderungen zu bewältigen?“.

Ein Viertel aller Familien sind Einelternfamilien

Die Zahl der Alleinerziehenden in Sachsen ist seit 2008 weiter angestiegen. 2015 waren es 93.000 gegenüber 82.000 im Jahr 2008. Diese Familienform macht aktuell ein Viertel aller Familien in Sachsen aus. 144.000 Kinder lebten 2015 in Familien von Alleinerziehenden. 90 Prozent aller Alleinerziehenden sind weiblich. Doch: Der Anteil der alleiner-

ziehenden Männer hat sich in den letzten acht Jahren fast verdoppelt. 14 Prozent der 7 bis über 18-Jährigen lebten 2015 bei ihrem alleinerziehenden Vater.

Alleinerziehende sind häufig strukturell benachteiligt

Die Zahlen und Antworten der Großen Anfrage zeigen deutlich: Alleinerziehende und ihre Kinder sind häufiger von Armut bedroht. Sie haben schlechtere Ausbildungschancen, einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und sind oft von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Viele Frauen, die alleine erziehen, haben ein geringes Einkommen, die Hälfte von ihnen arbeitet in Teilzeit.

Familiengerechte Arbeitszeitmodelle haben sich noch nicht überall etabliert. In der sächsischen Verwaltung gibt es zwar eine Vielzahl an Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Angebote in den einzelnen Ministerien und Unternehmen des Freistaats sind jedoch





sehr unterschiedlich ausgeprägt. Fernab der regulären Kita-Öffnungszeiten gibt es wenig flexible Betreuungsangebote.

Für junge alleinerziehende Eltern ist es schwer, mit kleinen Kindern eine Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren. Die Zahl der Alleinerziehenden ohne beruflichen Abschluss nimmt in Sachsen kontinuierlich zu. 2008 waren 7.300 Alleinerziehende betroffen. 2015 waren es bereits 10.000. Diese Entwicklung ist alarmierend, zumal sie dem Trend sinkender Zahlen von Menschen ohne beruflichen Abschluss in Sachsen entgegensteht.

Familien stärken, heißt für die GRÜNE-Fraktion auch Alleinerziehende stärken!

Die GRÜNE-Landtagsfraktion hat einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Auf Landesebene ist es möglich, dafür zu sorgen, dass Alleinerziehende gar nicht erst in einen wirtschaftlichen Teufelskreis geraten. Sie sollen hier in Sachsen eine gute Ausbildung machen können, eine gute Arbeit finden und auch bei Teilzeitbeschäftigung Aufstiegschancen im Beruf haben.

Die Landespolitik kann dafür sorgen, dass Alleinerziehende auch Zeiten für Regeneration und die eigene Gesundheitsvorsorge finden. Die GRÜNE-Fraktion fordert deshalb die Einrichtung einer Beratungsstelle im Wirtschaftsministerium, die Unternehmen zu familiengerechten Arbeitszeitmodellen und familienfreundlichen innerbetrieblichen Strukturen berät. Damit es alleinerziehenden Müttern und Vätern gelingt, eine Ausbildung und ein Studium abzuschließen, wird die Staatsregierung von den GRÜNEN aufgefordert, die Möglichkeiten von Teilzeitberufsausbildung und Teilzeitstudium auszubauen. Zur Gewinnung von Fachkräften im öffentlichen Dienst soll die Teilzeitberufsausbildung in der Landesverwaltung und in



Volkmar Zschocke in einer Facebook-Livestream-Diskussion mit Brunhild Fischer (Geschäftsführerin der „Selbsthilfegruppen Alleinerziehender (SHIA) e.V. Landesverband Sachsen“). Moderiert wurde die Veranstaltung vom parlamentarischen Berater der Fraktion Jan Keilhauer.

Unternehmen des Freistaats besser ermöglicht werden. Angebote flexibler Kindertagesbetreuung mit Hol- und Bringendiensten sind zu entwickeln. Die Maßnahmen der Jobcenter sollen an die Lebenssituation Alleinerziehender angepasst werden.

Interessen Alleinerziehender in den Fokus rücken

Die Staatsregierung wird von der GRÜNEN-Fraktion außerdem aufgefordert, Alleinerziehenden eine Stimme in landespolitischen Gremien zu geben. Die Interessenvertretung Alleinerziehender soll im neuen „Beirat für die Belange von Familien“ einen ständigen Sitz bekommen. Die verbandliche Interessenvertretung der Alleinerziehenden muss in Sachsen durch verlässliche mehrjährige Forderung gestärkt werden. Familienberatungsangebote, die Eltern dabei unterstützen, nach der Trennung gemeinsam zu erziehen, müssen ausreichend gefördert werden.

Außerdem sollen die Gruppen von Alleinerziehenden, zu deren Lebenssituation bisher nur wenig bekannt ist, in

den Blick genommen werden: Das sind Minderjährige, Zugewanderte und Geflüchtete, Studierende oder Alleinerziehende mit Behinderungen. Auch die gesundheitlichen Belastungen und die daraus resultierenden präventiven Maßnahmen müssen aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion genauer analysiert werden.

Mit den Initiativen im Landtag will die Fraktion dazu beitragen, die Rahmenbedingung so zu verändern, dass alleine zu erziehen kein Makel ist, kein Lebensrisiko, sondern ein akzeptiertes und im Alltag funktionierendes Lebensmodell.

Weitere Informationen

Themenseite mit Facebook-Diskussion zum Nachsehen:

➔ <http://bit.ly/gruen-AE>

Hintergrundpapier zur Großen Anfrage:

➔ <http://bit.ly/gruen-alleinerziehend>

Große Anfrage „Lebenslagen von „alleinerziehenden“ Eltern und ihren Kindern in Sachsen“ (Drs 6/6596):

➔ <http://bit.ly/gruen-GrAnfrAE>



Insektensterben: Weitreichende Folgen für die Natur

Der dramatische Rückgang der Insektenvielfalt an Arten und Lebewesen wird in Fachkreisen inzwischen als „katastrophal“ bezeichnet. Ehemals häufige Insektenarten sind heute nur noch Expertinnen und Experten bekannt. Auch vor Naturschutzgebieten macht das Sterben nicht Halt.

Insekten spielen als Artengruppe im Naturhaushalt eine wichtige Rolle. Ihr Dasein umfasst beispielsweise die Bestäuberleistung für Pflanzen. Sie sind die „Gesundheitspolizei“ und Nahrungsgrundlage für viele Wirbeltiere.

Die Gründe des Rückgangs sind vielfältig. Hauptursachen sind die ausgeräumte Landschaft und übermäßiger Einsatz von Pestiziden. Durch diese intensive Nutzung verlieren Insekten ihre Lebensräume und Nahrungsquellen. Bei dem Einsatz von Insektengiften, wie den Neonikotinoiden, werden sie direkt getötet oder zumindest geschwächt. 80 Prozent der Arten haben ein eher kleines Heimatgebiet, das nur wenige Hektar groß ist. Wenn eine dieser Populationen vernichtet wird, können diese Lebensräume kaum noch

von weiter entfernten Artgenossen wiederbesiedelt werden, weil die Entfernungen in der ausgeräumten Landschaft zu groß werden. Die Artenverarmung und die genetische Verarmung nimmt zu. Alle weiteren Artengruppen wie Vögel und Kleinsäuger erleiden durch die zahlenmäßige Abnahme der Insekten akuten Nahrungsmangel.

Betroffen sind alle Insekten – Libellen, Bienen, Schwebfliegen, Schmetterlinge, Hummeln, Wespen, Nachtfalter, Fliegen, Mücken oder Käfer. Zwischen Nutz- und Schadinsekten wird kein Unterschied gemacht. Es sind auf Lebensraum oder Nahrung spezialisierte Arten, inzwischen aber auch „Allerweltsarten“ vom Rückgang bedroht. Von den 125 in Sachsen vorkommenden einheimischen Tagfaltern sind allein 16 Arten ausgestorben oder verschollen, und das mit zunehmender Tendenz in den letzten Jahrzehnten. Damit sind 13 Prozent der gesamten sächsischen Tagfalterfauna bereits verschwunden. Um die dramatische Entwicklung aufzuhalten, muss der Freistaat seine Strategie zur Erhaltung der Arten und Lebensräume



Foto: © Ornithologix - Fotolia.com

nachhaltig verbessern. Dazu gehört, den Pestizideinsatz in Größenordnungen zu verhindern sowie strukturreiche, kleinflächige Landwirtschaft ohne Pestizideinsatz zu forcieren. Die GRÜNE-Landtagsfraktion macht sich dafür stark.

Weitere Informationen

Alles zum Thema Naturschutz:

➔ <http://bit.ly/gruen-naturschutz>

Affront gegen die Rechtsstaatlichkeit: Ausreisegewahrsam in Sachsen

Das Parlament hat in der Landtagssitzung am 17. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD das Sächsische Ausreisegewahrsamsvollzugsgesetz beschlossen. Es ist ein Affront gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Der Gesetzentwurf verstößt gegen Europarecht und ist auch mit Bundesrecht nicht vereinbar. Der „Ausreisegewahrsam“ – so sieht es der Bundesgesetzgeber in Paragraph 62b Absatz 2 Aufenthaltsgesetz vor – soll nicht in normalen Abschiebungshafteinrichtungen, sondern im Transitbereich von Flughäfen oder in einer Unterkunft vollzogen werden, von der aus die Ausreise möglich ist. Beides trifft für den gewählten Standort in Dresden (Hammerweg) nicht zu. Vom Flughafen Dresden aus sind nicht einmal Flüge in aufnahmebereite außereuropäische Länder möglich.

Zudem werden Regelungen getroffen, die zu absurden Ergebnissen führen. So macht etwa der Hinweis auf die zu tragende Anstaltskleidung oder auf die Gewährung

von Hafturlaub bei einer Maximaldauer des Ausreisegewahrsams von vier bzw. zehn Tagen absolut keinen Sinn. Hinzu kommt, dass es für diejenigen, die mit dem Gesetz zu tun haben werden – Bedienstete im Ausreisegewahrsam und Ingewahrsamgenommene – sehr schwierig sein wird, herauszufinden, wer welche Rechte hat und welche nicht. Die Staatsregierung hat sich

nämlich dafür entschieden, keine eigenen Regelungen zu verfassen, sondern pauschal auf bestimmte Paragraphen des Strafvollzugsgesetzes zu verweisen.

Außerdem: Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam machen krank. Sie verstärken Depressionen, Verzweiflung und Suizidgefahr. Anstatt auf die Inhaftierung von Menschen zu setzen, müssen in Sachsen vor allem Alternativen zur Abschiebungshaft und zum Ausreisegewahrsam gestärkt werden. Das hat die GRÜNE-Fraktion mit einem Antrag in der Landtagssitzung am 11. April 2017 gefordert. Die Regierungsfractionen von CDU und SPD konnten sich nicht durchringen, diesem Antrag zuzustimmen.



Foto: © myrmux - Fotolia.com

Weitere Informationen

Antrag „Alternativen zur Abschiebungshaft und zum Ausreisegewahrsam nutzen“ (Drs 6/7695):

➔ <http://bit.ly/gruen-Abschiebungshaft>

GRÜNE setzen Tierwohl auf die Tagesordnung der Landespolitik

Mit einer öffentlichen Anhörung stellte die GRÜNE-Fraktion die Umsetzung der Tierwohlstrategie bei Nutzgeflügel im Landtag zur Diskussion. Federpicken und Kannibalismus sind nur zwei der Verhaltensstörungen, die die Massentierhaltung in den Herden auslöst. Dass das standardmäßige Kupieren der Schnäbel nicht vereinbar mit dem Tierschutzgesetz und generell keine tiergerechte Lösung ist, bestätigten auch die Sachverständigen. Zudem sahen sie eine zentrale Fachberatung, spezifische Schulungen und Weiterbildungsangebote in Sachsen als sinnvoll an. Die Änderung des Managements der Landwirtschaftsbetriebe kann positive Auswirkungen auf das Tierwohl und die Branche an sich haben, es brauche aber auch Initiative von Seiten der Politik.

Die Haltung von Sauen in Kastenständen war Thema eines weiteren Antrags der GRÜNEN-Landtagsfraktion. Darin wurde gefordert, geltendes Recht mittels Erlass auch in sächsischen Ställen umzusetzen. Das Obergericht Magdeburg hatte festgeschrieben, dass Sauen jederzeit die Möglichkeit haben müssen, in Liegeposition in beiden Seitenlagen ihre Glied-

maßen austrecken zu können, ohne an Hindernisse zu stoßen. Derzeit ist es leider oft an der Tagesordnung, dass Zuchtsauen während der Trächtigkeit und Sägezeit in viel zu engen Kastenständen gehalten werden. Enge und akuter Bewegungsmangel führen dabei oft zu geschwollenen und entzündeten Gelenken. Das Ausleben artgerechten Verhaltens ist den ansonsten sehr sozialen Tieren nicht möglich.

Die bundesweite Diskussion um die Sauenhaltung zeigt: das Problem kann nicht länger ignoriert werden. Aber es wird weiter auf Zeit gespielt. Die GRÜNE-Fraktion will die Qualhaltung von Sauen nicht erst in fünf oder zehn Jahren beenden, sondern so schnell wie möglich.

Weitere Informationen

Antrag „Breite und Beschaffenheit von Kastenständen für Sauen in der Schweinezucht – geltendes Recht durchsetzen – Kastenstanderlass für Sachsen beschließen“ (Drs 6/8458):

➔ <http://bit.ly/gruen-sauenhaltung>

Neue EU-Schadstoffgrenzwerte und sächsischer Zwergenaufstand

Am 28.04.2017 wurden auf EU-Ebene neue Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Großverbrennungsanlagen („LCP-BREF“) beschlossen. Vorausgegangen waren langjährige Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten auf Basis der Emissionsdaten der besten bereits betriebenen Anlagen.

Auch wenn noch schärfere Beschränkungen nötig gewesen wären: die neuen Grenzwerte sind eine gute Nachricht. Deren Einhaltung kann in Europa tausende vorzeitige Todesfälle durch Luftschadstoffe sowie eine immense Zahl von Erkrankungen

und somit Milliardenkosten vermeiden. Derzeit liegt der Grenzwert für Stickoxid (NO_x) sowie für Schwefeldioxid (SO₂) noch bei 200 Milligramm je Kubikmeter (mg/m³) Rauchgas. Ab dem Jahr 2021 gelten nun 130 mg/m³ für SO₂ und 175 mg/m³ für NO_x. Für Feinstaub sinkt der Grenzwert von 20 mg/m³ auf 8 mg/m³. Auch für Quecksilber werden die Grenzwerte weiter verschärft.

Der EU-Beschluss erfolgte gegen die Stimme der Bundesrepublik Deutschland, die ihre besonders schmutzige Braunkohlewirtschaft schützen wollte. Ministerpräsident Tillich sah dennoch einen „Wortbruch“ des Bundes. Dieser hätte nicht genug Druck auf andere Mitgliedsländer für einen Boykott der neuen Grenzwerte ausgeübt. Wie weit ist das kohlepolitische

Koordinatensystem dieser Staatsregierung inzwischen verschoben, wenn sie in drohenden Nachrüstkosten für Kohlekraftwerksbetreiber einen ausreichenden Grund sieht, Millionen Menschen den technisch offenbar längst möglichen Gesundheitsschutz zu verweigern?

Der lautstarke Protest der Staatsregierung zeigt: die „modernen“ sächsischen Braunkohlekraftwerke sind keineswegs die Saubermänner, als die sie immer gepriesen wurden. Einige von ihnen haben durchaus Probleme, die neuen Grenzwerte für Stickoxide und vor allem für den Ausstoß des hochgiftigen Quecksilbers einzuhalten. Bei konsequenter Umsetzung der neuen Grenzwerte drohen den Betreibern Nachrüstkosten oder Stilllegung bis zum Jahr 2030. Mit Verzögerungsstrategien und Griffen in die Trickkiste der Zahlenspielerien ist zu rechnen.



Serbske a němske pomjenowanja na wjesnych taflach: samsna wulkosć rěka, mjeńšinowe prawa chutnje brać

Rěčnica za serbske naležnosće frakcije ZELENYCH w krajnym sejmje, Franciska Schubert, je so po nastorku serbskich wobydlerkow a wobydlerjow přez małe naprašowanje wobhoniła, čehodla su serbske pomjenowanja na wjesnych taflach w mjeńšich pismikach napisane. Wotmołwa statneho knježerstwa bě techniska: Dla normow njeje wjetše pismo možne. Při tym bě samsna wulkosć hižo jónu z wašnjom, a to w 1990tych lětach. W Braniborskej je tuta hižo tři lěta dołho zakonsce rjadowane. Jedna so wo wjace hač techniske prašenje: Jenaka wulkosć pisma w dwurěčnym rumje rěka, mjeńšinowe prawa chutnje brać a serbsku rěč aktiwne spěchowac.

Deutsche Übersetzung unter:

➔ <http://bit.ly/gruen-SorbOrt>

Termine

1. und 2. September 10 – 20 Uhr

Tag der Sachsen

Infostand, Löbau

6. September 17 Uhr

Gesellschaftsspielchen – Fußball und soziale Projekte: echtes Engagement oder scheinheilige Imagepflege?

Fachgespräch mit dem Sport-
journalisten Ronny Blaschke
Dresden, Sächsischer Landtag

3. Oktober

14 – 18 Uhr

Tag der offenen Tür

Infostand
Dresden, Sächsischer Landtag

2. Dezember

10 – 17 Uhr

11. Sächsischer Klimakongress

Dresden, TU Dresden

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangaben finden Sie unter: www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Der Kohleausstieg schleicht sich nach Sachsen – vorwärts kommt er nur mit grünem Druck!

Der neue Plan der LEAG – neue Betreiberin der Tagebaue und Kraftwerke in der Lausitz – ist ein Paradigmenwechsel für das Lausitzer Kohlerevier. Er kam als Paukenschlag in der Staatskanzlei an, denn er bedeutet den Verzicht auf fast alle Tagebauerweiterungsvorhaben, die Staatsregierungen in Sachsen seit vielen Jahren gewollt und vorangetrieben haben. Die GRÜNEN-Fraktion haben seit Jahren vorgerechnet, dass Tagebauerweiterungen verzichtbar sind und im Widerspruch zu den klima- und energiepolitischen Rahmenbedingungen stehen.

Der Realitätszuwachs der Staatsregierung geschieht in kleinen Schritten. Sie zeigt sich überzeugt, nun herrsche endlich Planungssicherheit im Revier für 20 bis 30 Jahre. Doch auch der neue LEAG-Plan enthält noch immer mehr Braunkohleförderung, als insgesamt in Deutschland bis zum Jahr 2050 noch verbrannt werden darf, um das CO₂-Budget des nationalen Stromsektors für das „Unter-2-Grad-Ziel“ einzuhalten. Deshalb muss es weitere Planänderungen geben, die zu Verkleinerungen anstelle einer Erweiterung der bereits genehmigten Abbaufelder führen werden. Die GRÜNE-Landtagsfraktion versucht alles, um den Lernprozess der Staatsregierung in Sachen Kohleausstieg voranzutreiben und die kläglichke Rolle des Freistaates als Energiewendebremser und Klimaschutzverweigerer zu beenden.

Zugleich wird von den GRÜNEN für eine andere Politik geworben, die auch für Sachsen endlich die Chancen eröffnet, die in einer entschlossenen Energiewende, in Umwelt-

und Klimaschutz und in einer vorausschauenden regionalen Strukturentwicklung liegen.

Anfang Juni forderten GRÜNEN-Politikerinnen und -Politiker aus Sachsen und Brandenburg in dem Papier „Grüne Schlüsselprojekte für die Zukunft der Lausitz“ eine Attraktivitätsoffensive für die Region. Darin betonen die Autorinnen und Autoren, dass die Lausitz eine Industrie- und Energieregion bleiben soll. Als anschlussfähige Beispiele werden der umfangreiche Erfahrungsschatz bei der Braunkohlesanierung sowie die regionalen Schwerpunkte bei Fahrzeugbau, Leichtbautechnologien, Komponenten für die Elektromobilität und Synergien von Power-to-Gas-Technologien und klimaneutraler Chemie genannt.

Weiterhin wird auf das Potential für die Bergbaufolgenbewältigung verwiesen. Durch ein leistungsfähiges Zentrum für Post-Mining-Kompetenz kann Know-How geschaffen werden, welches in ganz Europa mit Blick auf das Ende des Kohlezeitalters benötigt wird. Ein Verbund mit Lausitzer Hochschulen, dem Helmholtz-Umweltforschungszentrum sowie den Bergämtern kann hochqualifizierte Arbeitsplätze und exzellente Gründungs- und Wachstumsbedingungen für Unternehmen der Umwelttechnologien und der Technologien für nachhaltige Landwirtschaft schaffen.

Weitere Informationen

Positionspapier „GRÜNE Schlüsselprojekte für die Zukunft der Lausitz“:

➔ <http://bit.ly/gruen-PosPapLausitz>

Publikationen



Bestellen

Unsere Zwischenbilanz sowie Kurzflyer zu den Themen Alleinerziehende, Bahnverkehr, Radverkehr, Personaloffensive, Umweltschutz, Wildbienen, Hochwasserschutz, Denkmalschutz, Naturschutzstationen können per E-Mail bestellt werden:

publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00

Telefax: 0351 / 493 48 09

E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.),
Andreas Jahnel-Bastet